

erschint täglich zweimal: Sonntags nur morgens, Sonntags nur abends. Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25

Berliner Volks-Zeitung mit täglichem Familienblatt und illustriertem Sonntagsblatt Abend-Ausgabe

Freitag, 2. Oktober 1898

Haupt-Expedition: SW. Jerusalemstr. 46/49. Redaktion: Jerusalemstr. 46/49.

Verlag: Rudolf W. Hoffmann, Berlin W. Druck: Rudolf W. Hoffmann, Berlin W.

Die Post als Nothelferin.

Weil der preussische Staat nicht Geld genug ausgeben mag für seine Volkshilfe, durch die ja nur 95 Prozent aller schulpflichtigen preussischen Kinder hindurchgehen, darum zeitig, wie bekannt, der preussische Schulmann die insonderbaren Mäßen. Hier das Neueste aus diesem Gebiete auf Grund von Originalmittheilungen, die uns aus Westpreußen zugehen.

Man schreibt uns: Die Oberpostdirektion hatte dem Lehrer in Franke zugestimmt, er solle die von ihm Jahrelang hindurch bewirkte Postagentur auch nach dem Ausscheiden aus dem Lehramt weiterbetreiben, falls die Regierung nichts dagegen hätte. Auf dieses Verlangen sich verlassend, baute der Lehrer ein Haus im Werte von 7000 Mark. Doch als es unter Dach war, trat die Postpost ein, die Regierung wies gegen die Ablösung der Agentur von der Lehrerschaft. Die Agentur sei notwendig zur Aufrechterhaltung der Lehrerschaft, auf Anraten der Postverwaltung soll der entlassene Lehrer beim Kaiser in Ministerium vorstellig werden. Doch ist zu bezweifeln, daß die Eingabe Erfolg haben wird, da dem preussischen Kultusministerium die Post als Nothelferin in der Lehrerbeförderung, immer gewiß sehr willkommen sein wird.

Werbendend wird es, daß die Reichspost, also ein Institut des Reichs, sich von der Reichsregierung eines deutschen Einzelstaates in ihre Postämter hineinreden läßt, die Poststellen zu besetzen, wie es über der Reichspost, zweifelsfrei! Es wäre daher nicht sowohl die Sache des betreffenden Lehrers als vielmehr die Aufgabe der Oberpostdirektion und damit der Reichspost, den Welsch der Reichsregierung mitzutheilen zu machen.

Der Einkommen hat vollständig recht! Die Post muß die Freiheit haben und muß diese Freiheit hochhalten, sich ihre Funktionen nach ihrem Bedarf und nach ihren Zwecken ohne irgendwelche Nebenbedingnisse auszuführen. Nicht aber braucht sie sich als Vorposten benutzen zu lassen zur Aufrechterhaltung der schlechten preussischen Lehrerschaft. Reich der Nachfolger des bisherigen Postleiters in seiner Lehrerschaft ein Einkommen, von dem er ohne den Rückschlag der Reichspost nicht leben kann, so ist es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit des preussischen Staates, mit seinen eigenen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Lehrerschaft ausständig und ausdauernd bezahlt wird. Es schied sich für Preußen nicht, seinen chronischen Schulmangel dadurch mildern zu wollen, daß er als größter deutscher Bundesstaat Kolonnen bei der Reichspost wird, damit diese ihn von der Pflicht entbunden läßt, für sein Schulwesen und für die preussische Lehrerschaft zu sorgen!

Was werden übrigens wohl die Regierungspresidenten, die Kandidaten, was werden alle anderen Beamten jagen, wenn man ihnen fähig sein Gehaltens, die vom Staat oder von ihnen selbst für nötig gehalten werden, zumuten sollte, neben ihrem Amte eine Beschäftigung bei der Reichspost nachzugehen und zu betreiben, damit diese durch die Entlohnung der Nebenbeschäftigung das eigentliche Gehalt dieser Beamten ausreicht?

Nur die Schule und nur der Volksschullehrer erscheinen der preussischen Verwaltung gut genug dazu, daß diese sich als notleidende Postträgerin von der Postverwaltung leibrecht unter die Arme greifen lasse!

Auslegungshünfte.

Die reaktionäre preussische Regierung arbeitet nach aquivalenter Regel unablässig an der Erreichung des ihr von den Arabieren im Wasserfallengesetz gestellten Zieles: der Einführung von Schiffahrtsabgaben, auf den im Interesse der Schiffahrt regulierten Ziffern, deren Erhebung, „dasselbst mit Aufhebung des Rhein-Weber-Staats oder eines Teiles desselben“ zu beginnen hat. Bald findet hier eine Konferenz statt, bald folgt dort eine Konferenz, von deren Aufgaben und Ergebnissen nichts Sicheres an die Öffentlichkeit dringt. Im Ministerium schwellen die Ästen immer mehr an, und bald werden sich nur wohl auch die geschwundenen Galoreen des Reiches mit den Schiffahrtsabgaben zu behaupten haben. Es hat wenigstens den Anschein, als soll in der Zeit der Reichstag in seinem nächsten Tagungsabsitz ein Gesetz in Kraft treten, welches, in dem Artikel 54 der Reichsverfassung, der auf nationaler Wasserstraßen nur Abgaben für die Benutzung bestimmter Kanäle, so „ausgelegt“ wird, daß es kein Hindernis mehr für die Einführung von Schiffahrtsabgaben auf den preussischen Wasserstraßen bildet.

Neben das Bedenkliche eines solchen Schrittes brauchen nicht mehr viel Worte verloren zu werden. Wenn Artikel 54 der Reichsverfassung die Einführung von Schiffahrtsabgaben nicht im Wege hindert, wie auf Anregung der preussischen Regierung vergeblich nachzugehen versucht worden ist, dann bedürfte es keiner weiteren Auslegung der Reichsverfassung. Sindert es aber die preussische Regierung, den Anordnungen der Araber nachzukommen, dann kann nicht durch „Interpretation“, sondern nur durch Änderung der Verfassung in den durch diese vorgeschriebenen besondern

Formen freie Bahn geschaffen werden. Warum trotzdem der Weg der „Auslegung“ beschritten werden soll, ist bekannt: man fürchtet, die zur Verfassungänderung erforderliche Mehrheit von mindestens 45 Stimmen im Bundesrat nicht zusammenzubringen zu können.

Wenn sich, wie leider zu erwarten ist, im Reichstage eine Mehrheit für das Gesetz finden sollte, wobei hauptsächlich auch wieder der bunte Blödsinn im Jahressaßer der Reaktion zusammenkommt, so ist aber nur auf der Weiser die Einführung der Schiffahrtsabgaben nicht geschehen. Diejenigen Staaten, die die Rhein- und Elbfahrt als ihre Unterzeichnung haben, sowohl die deutschen als auch die außerdeutschen, müssen noch ihre Zustimmung geben, wenn die in den beiden Vereinbarungen festgelegte Abgabenfreiheit auf Rhein und Elbe beibehalten wird. Wenn die Regierung, die nicht ohne es, wenn es sich um die Ausführung agrarischer Wünsche handelt, in dieser Richtung bereits Erfolge erzielt hat, ist nicht bekannt.

Der Kaiser und Bischof X.

Anfänglich des goldenen Priesterjubiläums des Papstes wird auch der Kaiser dem Bischof seine Glückwünsche zum Ausdruck bringen. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Freiherr v. Schorlemer-Lieser wird mit diesem Auftrag nach Rom reisen und ein feierliches Schreiben überreichen.

Prinz Lippe's Abschied.

Das Abschiedsessen des Prinzen Bernhard zur Lippe ist unter dem 29. vorigen Monats unter gleichzeitiger Zuleitung eines „allerhöchsten kaiserlichen Kommandos“ an den Fürsten genehmigt worden.

Deutsche Redakteure in Gefängnissen.

Der Redakteur Oskar Hoffmann von der Elberfelder „Freien Presse“ verhielt seit dem 15. September im Elberfelder Gefängnis eine Freiheitsfrist von zwei Monaten, die ihm wegen Verleumdung der Elberfelder Polizeiverwaltung zufließt. Er hatte sofort nach seinem Entlassung die Verurteilung von Selbstbestätigung und Selbstbestätigung beantragt, und der Gefängnisdirektor erklärte, dem Antrag höherer Orts zur Bewilligung empfehlen zu wollen. Daß das geschehen ist und der Direktor selbst auf die Zustimmung geredet hat, ergibt sich daraus, daß Herr Hoffmann beides vom ersten Tage ab gemacht wurde. Man ist ihm wohl die Selbstbestätigung gegeben, aber die Bestätigung von Selbstbestätigung ist abgelehnt worden, und zwar unter der unglücklichen Begründung, daß Hoffmann „zu oft vorbestraft“ sei. Hoffmann wird jetzt mit der Bestätigung von Redaktionen beauftragt. Die „vielen Vorstrafen“, die Hoffmann sich als Redakteur zugezogen hat, bestehen in einem Monat Gefängnis und einigen Geldstrafen.

Wie hind der Meinung, daß die „Vorstrafen“ ihrer Zahl und ihrer Höhe nach unter allen Umständen für die hier in Betracht kommende Quantitätstage gänzlich belanglos sind. Denn keine dieser Vorstrafen ist verhängt worden auf Grund unehrenhafter Verschuldens. Es ist also nicht abzusehen, warum sie für den Redakteur irgendwie itabersichtlich als Gewicht fallen können. Was müssen alle schönen Nebenwendungen von hohen Staatsbeamten über die Bedeutung der Presse, wenn heutige Redakteure in deutschen Gefängnissen wie strafwürdige Verbrecher behandelt werden?

Schluß der Juppelin-Spende.

Aus Mainz am Wehrer meldet ein Telegramm: Der Gesamtertrag der Juppelin-Spende betrug sich auf fast 100 Millionen Mark. Infolge der Höhe, die namentlich die Spende erreicht hat, wird ein offizieller Sammelakt bald veranstaltet werden. Es lauten noch immer aus dem In- und Auslande größere Spenden ein. Auch aus den überseeischen Ländern sind zahlreiche Beträge eingetroffen. Ein gewisses Entzagen für den Ruf der „Juppelin III“ ist noch nicht festgelegt, doch dürfte er bereits in nächster Woche erfolgen.

Der „Schwäbische Merkur“ erfährt, daß Graf Juppelin den Entschluß gefaßt hat, sämtliche Zeichner der 1898 von ihm gegründeten Gesellschaft zur Förderung der Luftschiffahrt in der Höhe ihrer Anteile auszuscheiden, indem ihm die von Reichstag bewilligten Gelder ausbezahlt werden. Diese Entscheidung, die das erste Juppelin-Schiff gebaut hat, mußte aus Mangel an Mitteln liquidieren.

Zu einer Ministerkrisis

Scheinen die Vorgänge im böhmischen Landtage zu freieren. Aus Prag, 1. Oktober, wird berichtet:

Früher hat der böhmische Landtag seine Sitzung abgelehnt, aber nunmehr wird sich wahrscheinlich zeigen, daß von einer Arbeitsfähigkeit des Landtages nicht mehr die Rede sein kann. Damit ist hier und in Wien die Kritik da. Sowohl die Tschechen wie die Deutschen wollen von ihrem Standpunkte nicht abgeben. Die Tschechen haben bereits ihren im Ministerium stehenden Parteigenossen erklärt, daß sie, falls der Landtag verlagert werden sollte, sofort ihre Parteigenossen zur Verfassung stellen sollen. Sie haben zugleich bekräftigt, daß die tschechischen Abgeordneten aus der Regierungsmajorität im Reichstag zurückzutreten haben.

Von deutscher Seite wird mit aller Entschiedenheit betont, daß von einem Aufgeben der Opposition unter keiner Bedingung die Rede sein konnte. Die Deutschen wollen die Opposition bis zu den äußersten Konsequenzen durchführen. Sie begründen die Opposition damit, daß sie schon wiederholt von Verordnungen des Ministerpräsidenten gekränkt worden sind, und daß ihnen keine Folge, eine förmliche Auslegung der Reichsverfassung, schon deshalb nicht genüge, weil sie sich von den Arbeiten dieser Kommission gar nicht verheeren. Ihr Ultimatum lautet: Zur Verfassung der Landesverwaltung. Dieser Standpunkt hat übrigens die tschechischen deutschen Abgeordneten heute in einer mit dem deutschen Landtagspräsidenten verabredeten

Konferenz dem Landtagsminister zur Kenntnis gebracht. Die tschechische Presse bezeichnet ebenfalls die Situation als äußerst kritisch und erklärt, daß es für die tschechischen Abgeordneten kein Zurückgeben gäbe. Die „Radniti Politika“ meinet, daß die Ministerkrisis die tschechische Regierung, daß an Stelle des jetzigen Kabinetts ein Ministerkabinet mit Dr. Rörber an der Spitze treten werde.

Tschechischen Wählern zufolge beabsichtigt der Ministerpräsident Beck, da keine Aussicht vorhanden sei, eine Verständigung zwischen den Deutschen und den Tschechen herbeizuführen, den Reichstag aufzulösen. In der nächsten Woche werde ein Ministerkabinet stattfinden, in dem die Entscheidung fallen werde.

Ein Bink mit dem Zaunpfahl.

Die österreichisch-ungarische Regierung hält es angebracht, die hochgradigen Spannungen, die auf dem Balkan herrscht, für angebracht, Bosnien namentlich auch offiziel den bosnisch-serbischen Streitigkeiten einzuverleiben. Sie ist aber vorsichtig und möchte sich zu dem Schritte „drängen“ lassen. Bezüglich der Abklärung die Thronrede werde den Delegationen die Annexion Bosniens ankündigen, bezieht der „Bester Abend“:

Die Thronrede ist noch nicht festgelegt. Das bosnische Problem liegt allerdings auf der Tagesordnung, die Regierung dürfte aber vielleicht auf ihrem Jubiläum keinen Gebrauch machen, sondern abwarten, es nicht aus dem Schoße der Delegationen ein Jubiläumstag gestellt wird, damit durch die Verweigerung der Delegationen der Regierung die Richtung angegeben wird, in der diese das bosnische Problem gelöst sehen möchten. Bestimmte Entschlüsse sind noch nicht gefaßt, es ist aber kein Grund vorhanden, gegen Oesterreich-Ungarn, das mit Selbstbestimmung die freieschickliche Entwicklung am Balkan fördert, zu agitieren. „Gammeln, geh du voran!“

Die Choleraabwehr.

Die „Danziger Zeitung“ meldet: Nach den ministeriellen Anordnungen ist gestern bei Gdylno im Kreis Thorn eine Cholera-Kontrollstation zur Überwachung des Fieberverbreitens am Ausgange eröffnet worden.

Eine Erklärung Bulgariens.

Wie aus Sofia gemeldet wird, hat die bulgarische Regierung den Vertreter der Großmächte ein Exposé über die Orientbahnfrage überreicht. In diesem Exposé wird die Orientbahnfrage im Hinblick auf die materiellen und nationalen Interessen, die dem Lande durch den Betrieb der bulgarischen Linien seitens der Leitung der Orientbahn entstehen, nicht in der Frage, die Bahn wieder zurückzugeben. Wie verlautet, ist die Regierung gewillt, für die Ablösung einer Summe von 30 bis 35 Millionen Francs zu bewilligen.

Eine blutige Wendung.

Einer Reuter-Meldung aus Smyrna zufolge haben die freilebenden Angestellten der Smyrna-Adin-Gesellschaft die Zuspätkommen der Bahn zur Einführung beschlossen, angegriffen und einen Soldaten getötet. Das Militär feuerte, tötete einen streikenden italienischen Nationalist und verwundete einen anderen.

Eine kostspielige Friedensgarantie.

Aus London wird gemeldet: Der Graf Lord der Admiralität MacKenna hielt in Porthpool eine Rede, in der er die Unmöglichkeit der britischen Seemacht für die sicherste Garantie des europäischen Friedens erklärte. Wenn jemals eine spanische und infanterie Flotte den britischen Mächten die Aussicht gewähren sollte, daß das britische Reich zerfalle, würden diese Mächte sich von ihren abgelegenen Postungen unverzüglich zu einem Schritt bereiten lassen, der für den Weltfrieden der allergrößten Gefahr wäre. Nichtsdestoweniger sei jede Initiative für die Aufrechterhaltung einer größeren Macht, als die Umstände des Augenblicks sie erfordern, zu vermeiden. Man dürfe nicht mehr Schiffe bauen, als die internationale Lage verlange, besonders nicht in Anbetracht ihrer hohen Klumpen. MacKenna schlug im Hinblick auf den bevorstehenden hohen Grad der Arbeitslosigkeit vor, die Ausdehnung des Flottenbauprogramms für das laufende Jahr zu beschleunigen und alle Aufträge für Neubauten, die privaten Werften überlassen werden sollen, so schnell wie möglich in Auftrag zu geben.

Roosevelt und die deutsche Arbeiterversicherung.

Wie ein Telegramm aus Washington meldet, empfing Präsident Roosevelt in besondere Rubens den Vorschlag des Bundes der Landesversicherungsanstalt Berlin, Dr. Freund, zum Vertrag über die deutsche Arbeiterversicherung. Der Präsident sollte der Einrichtung und den Leistungen der Versicherung volle Zustimmung.

Mordern, 2. Oktober. Der preussische Gesandte beim päpstlichen Stuhl, Botschafter Graf v. Hüßberg ist zum Besuch des Reichsanzlers hier eingetroffen.

Budapest, 2. Oktober. Der Minister des Inneren Freiherr v. Weizsäcker empfing heute vormittag den Besuch des hiesigen Ministers des Inneren Albenfeld, mit dem er eine halbtägige Konferenz hatte. Am 11. Uge wurde Freiherr v. Weizsäcker vom König von Spanien mit um 11 1/2 Uhr vom Zehnfüßer Erzherzog Franz Ferdinand in Rubens empfangen.

Konstantinopel, 1. Oktober. Der Sultan Abdulhamid Ibrahim Pasha ist eine Meldung der „Hemagazette“ zufolge am Sonntag gestorben. Seine Familie hat sich ergeben.